

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

29. September 1950

Blatt 1591

Benzinbezug im Oktober

29. September (Rath.Korr.) Die Magistratsabteilung 54 als Amt der Wiener Landesregierung teilt mit, daß mit Rücksicht auf die weiterhin angespannte Lage in der Versorgung von Kraftfahrzeugen mit Benzin im Oktober die Ausgabe von Treibstoffmarken auf Treibstoffbezugskarten der Stufe IV für Motorräder und Personenkraftwagen eingestellt wird. Ansuchen um Umreihung in eine höhere Dringlichkeitsstufe sowie Ansuchen um Zusatzbenzin oder Sonderkontingente können im Oktober 1950 nicht berücksichtigt werden.

Absperrung der Exelbergstraße

29. September (Rath.Korr.) Wegen Instandsetzung der Straßendecke auf der Exelbergstraße im 26. Bezirk, zwischen Straßenkilometer 6'8 und 8'3, wird ab 2. Oktober die Straße zwischen Amundsenstraße und Sofienalpe für die Durchfahrt gesperrt.

Die Zufahrt zur Sofienalpe kann über den Straßenzug Sievering - Weidlingbach - Steinriegel - Scheiblingstein erfolgen.

Die Absperrung wird voraussichtlich acht Wochen dauern.

Ferkelmarkt vom 27. September

29. September (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 181 Ferkel, von denen 77 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 135 S, 7 Wochen 158 S, 12 Wochen 363 S.

Die Nachfrage konnte als mäßig bezeichnet werden.

Eine Jubiläumsausstellung der Döblinger Kleingärtner
=====

29. September (Rath.Korr.) Heute vormittag wurde in Anwesenheit von Stadtrat Thaller im Zögernitz-Kasino eine Jubiläumsausstellung der Döblinger Kleingärtner eröffnet. In den Ausstellungssälen wird eine reichhaltige Schau von Edelobst, Gemüse, Blumen und allen dem, was die Schrebergärtner als Lohn für ihre Arbeit heuer geerntet haben, gezeigt. Die Döblinger stellen sich als erfolgreiche Weinbauer, Imker und Kaninchenzüchter vor und zeigen auch, wie sie ihre Produkte zu verarbeiten verstehen.

Stadtrat Thaller, der den Kleingärtnern zu ihrem dreißigjährigen Bestand die Grüße des Bürgermeisters überbrachte, beglückwünschte die Veranstalter zu ihrer Ausstellung und verwies auf die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Kleingärtner Wiens, die im Laufe der Jahre Leistungen vollbracht haben, auf die sie mit Recht stolz sein können. Die Stadtverwaltung achtet diese mit Fleiß und Liebe geleistete Arbeit, die nicht zuletzt auch für die Allgemeinheit von größtem Nutzen ist. Die Kleingärtner stellen ihren Erntesegen zum großen Teil auch dem städtischen Wohlfahrtswesen kostenlos zur Verfügung. Auch die vielen Zentner edelsten Obstes, die hier bis Dienstag abend das Auge der Besucher erfreuen werden, sind, wie Bezirksobmann Staudinger bekannt gab, als Gabe den körperbehinderten Kindern im Sonderkindergarten "Schweizer Spende" bestimmt.

Den musikalischen Rahmen der Eröffnungsfeier besorgte der preisgekrönte Knabenchor aus Favoriten. Die Ausstellung ist täglich von 8 bis 18 Uhr bis Dienstag abend zugänglich.

Aufruf des Bürgermeisters

=====

29. September (Rath.Korr.) In der heutigen Sitzung des Wiener Landtages richtete Landeshauptmann und Bürgermeister Dr.h.c. Körner folgenden Aufruf an die Wiener Bevölkerung:

"Als Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien fühle ich mich verpflichtet, am Beginn der heutigen Beratungen des Wiener Landtages den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Stadt Wien für ihr diszipliniertes und vorbildliches Verhalten in den letzten Tagen meinen besonderen Dank auszusprechen. Mit großer Befriedigung kann ich feststellen, daß sich keine Dienststelle und kein Betrieb der Stadt Wien hat dazu bewegen lassen, an dem Mißbrauch gewerkschaftlicher Kampfmittel für politische Zwecke, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unserer Stadt ablehnt, teilzunehmen. Wo das normale Funktionieren einer städtischen Dienststelle gestört war, ist dies durch gewaltsames Einwirken von außen und ausschließlich durch betriebsfremde Personen verursacht worden. Ich glaube mich mit Ihnen eines Sinnes, wenn ich sage, auch der Wiener Landtag und Gemeinderat und mit ihnen die übergroße Mehrheit der Wiener Bevölkerung dankt heute den Bediensteten der Stadt Wien für ihre ausgezeichnete Haltung. Dadurch, daß vor allem die Arbeiter der städtischen Unternehmungen den Terrorversuchen Widerstand geleistet und damit die ungestörte Versorgung der Stadt mit Strom und Wasser gesichert haben, haben sie das Funktionieren des normalen städtischen Lebens und damit eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Demokratie gesichert und ebenso gesichert die freie Entscheidung der Arbeiter in den übrigen Betrieben. Die wenigen städtischen Bediensteten aber, die ihre beschworene Pflicht verletzt haben, werden zur Verantwortung gezogen werden. Bedienstete, die ihren Diensteid verletzt und gegen die Lebensinteressen der Stadt und ihrer Bevölkerung gehandelt haben, werden die Konsequenzen zu tragen haben.

Als Landeshauptmann der Stadt Wien danke ich heute auch den Arbeitern und Angestellten der Privatwirtschaft, die in ihrer übergroßen Mehrheit den verwirrenden Parolen der letzten Tage gleichfalls widerstanden und damit zum Ausdruck gebracht haben, daß sie auch in kritischen Augenblicken ihren gesunden Sinn bewahrt haben, der sie befähigt, die höheren Interessen unserer Republik zu erkennen.

In den Dank, den ich von dieser Stelle aussprechen will, habe ich aber auch die Mitglieder unserer Exekutive einzuschließen. Ich danke dem Polizeipräsidenten, der es durch zurückhaltende und kluge Führung der Wiener Polizei verstanden hat, kritische Situationen zu entwirren, und ich danke den Beamten und Offizieren der Wiener Polizei für ihr großes Verständnis und für ihre Geduld, die sie in diesen kritischen Tagen bewiesen haben. Bedauerlicherweise haben die Aufregungen der Ausschreitungen in einem städtischen Elektrizitätswerk den plötzlichen Tod eines braven Beamten verschuldet, und mehrere Polizeibeamte mußten mit Gehirnerschütterung und anderen Verletzungen ins Spital eingeliefert werden. Ihnen wendet sich unsere herzliche Teilnahme zu. Ich grüße sie von dieser Stelle aus und hoffe, daß sie bald wieder hergestellt sein werden. Ich darf die Zustimmung des Landtages und Gemeinderates annehmen, wenn ich diesen Polizeibeamten, aber auch allen Bediensteten der Stadt, die durch die Vorfälle der letzten Tage Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben, aus Gemeinemitteln Hilfe angedeihen lasse.

Die Wiener Bevölkerung fordere ich auf, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit Verständnis entgegenzubringen, Disziplin zu bewahren und nicht durch unbegründete Angstkäufe den Vorwand zu weiteren Preissteigerungen zu liefern. Den Kaufleuten möchte ich aber zum Bewußtsein bringen, daß die Zurückhaltung von Waren, die in manchen Fällen beobachtet wurde, eine begründete Entrüstung der Bevölkerung zur Folge haben muß.

Unsere Republik und insbesondere die Stadt Wien hat einige kritische Tage erlebt. Die wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung sind zu politischen Spekulationen mißbraucht worden. Der gesunde Sinn der Wiener und Wienerinnen hat diesen Spekulationen den verdienten Mißerfolg bereitet. Es ist meine Überzeugung, daß die Wiener und Wienerinnen auch weiterhin für Freiheit und Demokratie eintreten werden!"

Wiener Landtag

=====

29. September (Rath.Korr.) Präsident Marek eröffnete heute um 11 Uhr die erste Sitzung des Wiener Landtages nach der Sommerpause und erteilt vor Eingang in die Tagesordnung dem Landeshauptmann Dr.h.c. Körner zu einer Mitteilung das Wort.

Landeshauptmann Dr.h.c. Körner, dessen Ausführungen wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen wurden, sprach zunächst als Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien allen Arbeitern, Angestellten und Beamten der Stadt für ihr diszipliniertes und vorbildliches Verhalten in den letzten Tagen seinen besonderen Dank aus. (Starker Beifall bei den Abgeordneten der SPÖ, ÖVP und der WdU). Mit großer Befriedigung könne er feststellen, daß sich keine Dienststelle und kein Betrieb der Stadt Wien hat dazu bewegen lassen, an dem Mißbrauch gewerkschaftlicher Kampfmittel für politische Zwecke, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unserer Stadt ablehnt, teilzunehmen. (Erneuter lebhafter Beifall). Wo das normale Funktionieren einer städtischen Dienststelle unterbrochen war, ist dies durch gewaltsames Einwirken von außen und ausschließlich durch betriebsfremde Personen verursacht worden. Ich glaube mich, erklärt der Landeshauptmann, mit Ihnen eines Sinnes, wenn ich sage, daß auch der Wiener Landtag und Gemeinderat und mit ihnen die übergroße Mehrheit der Wiener Bevölkerung heute den Bediensteten der Stadt Wien für ihre ausgezeichnete Haltung dankt. (Starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.) Dadurch, daß vor allem die Arbeiter der städtischen Unternehmungen den Terrorversuchen Widerstand geleistet und damit die ungestörte Versorgung der Stadt mit Strom, Gas und Wasser gesichert haben, haben sie das Funktionieren des normalen städtischen Lebens und damit eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Demokratie gesichert, und ebenso haben sie damit die freie Entscheidung der Arbeiter in den übrigen Betrieben gesichert. Die wenigen städtischen Bediensteten aber, die ihre beschworene Pflicht verletzt haben, werden zur Verantwortung gezogen werden. Bedienstete, die ihren Dienstverhältnis verletzt und gegen die Lebensinteressen der Stadt und ihrer Bevölkerung gehandelt haben, werden die Konsequenzen zu tragen haben.

(Lebhafte Zustimmung. - Anhaltende Zwischenrufe beim Linksblock.-
Präsident Marek: Sie haben die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes nicht zu unterbrechen!) Der Landeshauptmann spricht auch den Arbeitern und Angestellten der Privatwirtschaft seinen Dank aus, die in ihrer übergroßen Mehrheit den verwirrenden Parolen der letzten Tage gleichfalls widerstanden und damit zum Ausdruck gebracht haben, daß sie auch in kritischen Augenblicken ihren gesunden Sinn gewahrt haben, der sie befähigt, die höheren Interessen unserer Republik zu erkennen. In den Dank wolle er aber auch die Mitglieder unserer Exekutive einschließen. Er danke dem Polizeipräsidenten, der es durch zurückhaltende und kluge Führung der Wiener Polizei verstanden hat, kritische Situationen zu entwirren, und er danke den Beamten und Offizieren der Wiener Polizei für ihr großes Verständnis und für ihre Geduld, die sie in diesen kritischen Tagen bewiesen haben. (Anhaltender Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.) Bedauerlicherweise haben die Aufregungen der Ausschreitungen in einem städtischen Elektrizitätswerk den plötzlichen Tod eines braven Beamten verschuldet, und mehrere Polizeibeamte mußten mit Gehirnerschütterung und anderen Verletzungen ins Spital gebracht werden. Ihnen wendet sich unsere herzlichste Teilnahme zu. Der Landeshauptmann grüßt sie von dieser Stelle aus und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß sie bald wieder hergestellt sein werden. Ich darf, erklärte er, die Zustimmung des Landtages und Gemeinderates annehmen, wenn ich diesen Polizeibeamten, aber auch allen Bediensteten der Stadt, die durch die Vorfälle der letzten Tage Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben, Hilfe aus Gemeindemitteln angedeihen lasse. (Zustimmung.)

Die Wiener Bevölkerung fordere ich auf, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit Verständnis entgegenzubringen, Disziplin zu bewahren und nicht durch unbegründete Angstkäufe den Vorwand zu weiteren Preissteigerungen zu liefern. Den Kaufleuten möchte ich aber zum Bewußtsein bringen, daß die Zurückhaltung von Waren, die in manchen Fällen beobachtet wurde, eine begründete Entrüstung der Bevölkerung zur Folge haben muß.

Unsere Republik und insbesondere die Stadt Wien hat einige kritische Tage erlebt. Die wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung sind zu politischen Spekulationen mißbraucht worden. Der gesunde Sinn der Wiener und Wienerinnen hat diesen Spekulationen

den verdienten Mißerfolg bereitet. Es ist meine Überzeugung, daß die Wiener und Wienerinnen auch weiterhin für Freiheit und Demokratie eintreten werden. (Starker anhaltender Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU. - Die Abgeordneten dieser Fraktion erheben sich von ihren Plätzen und bereiten Landeshauptmann Dr.h.c. Körner lebhafteste Ovationen.)

Abg. Dr. Altmann (Linksblock) stellt den Antrag, über die Mitteilungen des Landeshauptmannes die Debatte zu eröffnen. Der Landeshauptmann habe mit seiner Erklärung die Frage des Preistreiberpakt, der hinter dem Rücken des arbeitenden Volkes abgeschlossen wurde, zum Gegenstand der Debatte gemacht. Wenn der Landtag seine Würde wahren wolle, müsse er dafür sorgen, daß auch über die durch den Preistreiberpakt veranlaßte Bewegung des Volkes in diesem Hause die Debatte abgeführt werde. (Lebhafte Zwischenrufe: Landesverräter! - Roter Faschist!)

Der Antrag des Abg. Dr. Altmann wird mit allen gegen die Stimmen des Linksblocks abgelehnt. (Abg. Lauscher (L.Bl.): Die Einheit der Taschendiebe! - Erregte Gegenrufe. - Präsident Marek gibt mehrmals das Glockenzeichen.)

Das Wiener Ärztegesetz

Als den ersten Punkt seiner Tagesordnung behandelt der Landtag das Gesetz über das Entgelt und die Anzahl der in den Wiener Krankenanstalten in Ausbildung stehenden Ärzte. Berichterstatter Vbgm. Weinberger erklärt, es gehe bei diesem Durchführungsgesetz zu dem vom Nationalrat beschlossenen Ärztegesetz einerseits um die Fixierung der Zahl der Spitalsbetten für einen in Ausbildung stehenden Arzt und um die Bezahlung der sogenannten Aspiranten, die in den Spitälern bedauerlicherweise lange Zeit unentgeltlich arbeiten mußten. Der bundeseinheitliche Schlüssel von 30 Spitalsbetten pro in Ausbildung stehenden Arzt sei in Wien bereits weitgehend unterschritten und betrage im Durchschnitt nur etwa 16 Betten. Bezüglich der Bezahlung sei zuzugeben, daß auch der nun vorgesehene Betrag noch lange nicht hinreiche, um den Aspiranten ein entsprechendes Entgelt zu bieten.

Der Gesetzentwurf sieht einen Mindestbezug für den in Ausbildung stehenden Arzt von 818.50 S (vor dem 4. Lohn- und Preisabkommen) vor.

Abg. Wicha (WdU) stimmt der Vorlage grundsätzlich zu, kritisiert jedoch einzelne Bestimmungen, die einer Klarstellung bei Erlassung der Durchführungsverordnung bedürfen. So gewähre das Gesetz das Entgelt nur auf die Dauer einer Ausbildungszeit von längstens vier Jahren, während beispielsweise ein Facharzt sechs Jahre im Spital zubringen müsse.

Abg. Dr. Altmann (L.B.I.) erklärt, die vom Berichterstatter angeführte Zahl von 16 Spitalsbetten pro auszubildenden Arzt, die jedoch in Wirklichkeit noch nicht erreicht sei, wäre ein erstrebenswertes Ziel. Das Problem der Gastärzte sei noch lange nicht gelöst. Es gebe noch immer Ärzte, die vollen Dienst leisten und dafür keine Bezahlung erhalten. Die Stadt Wien sollte die Kategorie der Gastärzte abschaffen und sie für ihre geleistete Arbeit entlohnen. Man dürfe überdies das Ärztegesetz nicht so auslegen, daß man zum Beispiel auch Assistenten auf die Zahl der in Ausbildung stehenden Ärzte anrechnet. Der Redner stellt in diesem Sinne Abänderungsanträge.

Wenn mit diesem Gesetz gleichzeitig die Zielsetzung verbunden sei, die ärztliche Versorgung in den Wiener Krankenanstalten weit über die Mindestgrenzen des Ärztegesetzes zu erhöhen, und allen in Ausbildung stehenden Ärzten ein Einkommen zu sichern, das sie nicht zwingt, in nächtlichen Nebenberufen noch zusätzlich zu verdienen, habe der Landtag mit der Beschlußfassung einen Schritt auf dem Gebiete der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, das einmal ein Stolz der Stadt Wien war, vorwärts getan.

In seinem Schlußwort gibt Vizebürgermeister Weinberger im Namen der Stadtverwaltung das Versprechen ab, daß Wien bei der Festlegung des Bettenschlüssels weitherziger sein werde, als es das Gesetz vorschreibe. Die Bezahlung der Ärzte hänge sehr wesentlich mit der wirtschaftlichen Lage des Landes und mit der Berufslenkung zusammen. Nach dem Kriege habe Wien eine Überzahl an Ärzten, die in den Spitalern angestellt werden möchten. Von Wien aus ist alles geschehen, um einen möglichst großen Teil von ihnen in die Krankenanstalten zu bringen und auch zu bezahlen. Es ist anzunehmen, daß mit einer in der nächsten Zeit zu erwartenden normaleren Entwicklung des Ärzteanfalles die Schwierigkeiten überwunden werden können. Die Stadt Wien wird auch weiterhin bemüht sein, so viel Ärzte als möglich zu beschäftigen.

und ihnen eine Besoldung zu geben, die zu einem halbwegs anständigen Leben ausreicht..

Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung der Abänderungsanträge Dr. Altmann einstimmig angenommen.

Kompetenzbereich des Magistrates erweitert

Über eine Gesetzesvorlage, betreffend die Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, referierte Stadtrat Afritsch (SPÖ). Die Zuständigkeitsgrenzen der einzelnen Organe der Gemeinde sind in der Verfassung der Stadt Wien vom Jahre 1931 verankert. Die derzeit geltenden Wertgrenzen wurden im Jahre 1928 festgelegt. So entstand durch die seit 1945 eingetretene Geldentwertung eine Verschiebung der Kompetenzen, sodaß auch Angelegenheiten von geringerer Bedeutung, deren Erledigung sonst der Magistrat durchgeführt hätte, von den Gemeinderatsausschüssen oder anderen Organen mit größerer Befugnis behandelt werden mußten. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird nun dieser Übelstand einigermaßen behoben. Es werden die als besondere Voraussetzung für die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates angeführten Beträge auf das Doppelte erhöht, ebenso die Beträge, die die Zuständigkeit von Gemeindeorganen ziffermäßig begrenzen. Die Strafbefugnis des Magistrates wird statt bisher mit 200 nun mit 400 Schilling festgesetzt.

In der Debatte sprach Abg. Doppler (WdU), der die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion gab, jedoch aus den Erfahrungen der letzten Monate den Gesetzentwurf ablehnte. Der Redner benützte die Gelegenheit darüber Klage zu führen, daß den Vertretern des WdU nicht die Möglichkeit gegeben sei, in den Gemeinderatsausschüssen mitzuarbeiten.

Der Vorsitzende, Präsident Marek, forderte daraufhin Landtagsabgeordneten Doppler auf, zur Sache zu sprechen.

Stadtrat Afritsch betonte in seinem Schlußwort, daß es sich bei der Gesetzesvorlage nur um eine Anpassung an die jetzigen Verhältnisse handelt und ersuchte den Landtag um die Annahme des Gesetzes.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage ohne die Stimmen des WdU angenommen.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft. Präsident Marek schloß die Sitzung des Landtages um 12.15 Uhr.

Wiener Gemeinderat

=====

29. September (Rath.Korr.) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner zusammen.

Stadtrat Bauer gewählt

Der Bürgermeister teilte mit, daß Stadtrat Dr. Exel mit 31. August sein Mandat als Amtsführender Stadtrat zurückgelegt habe. Der Bürgermeister hatte den Verzicht zur Kenntnis genommen. Die Fraktion der ÖVP schlägt nun Franz Bauer vor. Die Wahl des neuen Stadtrates erfolgte einstimmig. Stadtrat Bauer leistete das Gelöbnis, die Gesetze getreulich beachten und seine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen zu wollen. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen, um dem Stadtsenat Gelegenheit zu geben, über die Wahl eines neuen Amtsführenden Stadtrates zu beraten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung schreitet der Gemeinderat zur Wahl der Amtsführenden Stadträte für die Geschäftsgruppen IX (Wirtschaftsangelegenheiten) und XI (Städtische Unternehmungen).

Die Wahl des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe IX war dadurch notwendig geworden, weil nach dem Vorschlag der Österreichischen Volkspartei und dem Beschluß des Stadtsenates Dkfm. Nathschläger, der bisher diese Geschäftsgruppe leitete, nunmehr zum Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe XI gewählt werden soll.

Für die Stelle des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe IX hat der Stadtsenat den von der ÖVP namhaft gemachten Stadtrat Bauer vorgeschlagen.

Bei der Abstimmung werden die beiden Vorschläge angenommen.

Damit hat der Gemeinderat den Nachfolger des Amtsführenden Stadtrates Dr. Exel gemäß den Bestimmungen der Verfassung gewählt. Dr. Exel gehörte, wie Bürgermeister Körner ausführte, dem Hause seit den Novemberwahlen 1945 an und stand seit 16. Februar 1946, dem Tage der Wiederkonstituierung unserer demokratischen Gemeindeverwaltung, als Amtsführender Stadtrat den Städtischen Unternehmungen vor.

Er war in der schwersten Zeit, die diese Stadt nach den erschütternden Verwüstungen des Krieges zu durchleben hatte, und auf einem schwierigen Gebiete ein verständnisvoller Mitarbeiter, der sein reifes Wissen, seine reiche Erfahrung und seine Tatkraft mit Hingabe in den harten Dienst an der Gemeinschaft stellte. Hiefür sage ich ihm öffentlich meinen aufrichtigen Dank, und ich halte mich zu der Annahme berechtigt, daß sich diesem Danke auch der gesamte Gemeinderat anschließen wird. (Beifall bei den Gemeinderäten der ÖVP.)

Im Einlauf befinden sich Anträge des Linksblocks, betreffend Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen und Pflegegelder sowie des Hand- und Taschengeldes der Insassen der Städtischen Altersheime und betreffend Belastung der Siedler und Kleingärtner durch sogenannte Besatzungskostendeckungszuschläge; ferner ein Antrag der ÖVP, betreffend Führung der Autobuslinie 9. Sie werden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Außerdem haben Gemeinderäte der ÖVP an den Bürgermeister eine Anfrage, betreffend die zwangsweise Entfernung der Nußbäume in der Rosenhügel-Siedlung, gerichtet und die Verlesung und Besprechung dieser Anfrage verlangt. Über dieses Verlangen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Der Gemeinderat geht sodann in die Tagesordnung ein.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung referiert Stadtrat Fritsch (SPÖ). Er führt aus, daß bei den Lohnerhöhungen für alle Dienstnehmer der Stadt Wien im Frühsommer die Arbeitskräfte des Ökonomiebetriebes der Erziehungsanstalt in Eggenburg nicht berücksichtigt wurden und beantragt daher eine Nachziehung ihrer Bezüge.

GR. Dr. Altmann (L.Bl.) wendet sich dagegen, daß bei der Erhöhung der Stundenlöhne nur auf das Alter, nicht aber auf die Qualifikation der Arbeiter Rücksicht genommen wird. Außerdem sei es unverständlich, daß die Löhne für die weiblichen Hilfsarbeiter wesentlich niedriger sind als die der männlichen. Dies verstoße gegen den Grundsatz, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden soll.

Berichterstatter Stadtrat Fritsch betont, daß die Sozialisten selbstverständlich den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" bejahen. Die jetzt zu beschließenden Löhne wurden im engen Zusammenwirken mit der zuständigen Gewerkschaft vereinbart. Die unterschiedliche Entlohnung sei hier insofern gerechtfertigt, als die

männlichen Arbeitskräfte ein weit höheres Arbeitspensum zu erledigen haben, als die Frauen.

Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen.

Der Kampf gegen den Krebs

Unter dem Vorsitz des GR. Mazur (ÖVP) wird hierauf der Antrag auf Errichtung von Krebsfürsorgestellen behandelt. Hiezu führt Berichterstatter Vizebürgermeister Weinberger aus: In Wien sterben jährlich rund 5.000 Personen an Krebs, somit jede zwei Stunden ein Mensch. Jeder fünfte bis sechste Todesfall hat Krebs zur Ursache. Der Krebs hat die Tuberkulose überholt und steht nun an zweiter Stelle der Todesfälle. Die Fortschritte der Medizin haben den Krebs zu einer heilbaren Krankheit gemacht, sofern er nicht in einem zu späten Stadium entdeckt wird. Die Einführung der Krebsfürsorge soll nun einem möglichst großen Kreis der Wiener Bevölkerung Gelegenheit bieten, sich untersuchen zu lassen und eine festgestellte Krankheit rechtzeitig der Behandlung und Heilung zuzuführen. Eine allzu große Angst vor dem Krebstode zu verbreiten und eine Krebspsychose herbeizuführen, sei allerdings nicht am Platze.

Gemäß dem Antrag des Berichterstatters sollen in Wien nunmehr ein neues Referat "Krebsbekämpfung" und diesem unterstellt zunächst drei Abendambulanzen errichtet werden, die die Bezeichnung "Krebsfürsorgestelle - Gesundenuntersuchung" führen. Die drei Beratungsstellen sind im Allgemeinen Krankenhaus an der Klinik Schönbauer, im Kaiserin Elisabeth-Spital und im Franz Josephs-Spital vorgesehen. Eine Behandlung findet in diesen Ambulanzen, deren Besuch jedermann unentgeltlich offensteht, nicht statt, sondern ein krankhafter oder verdächtiger Befund wird dem Haus- oder Kassenarzt des Patienten zugewiesen. Der Kostenaufwand von etwa 80.000 S wird reichlich durch die Erfolge und durch die Einsparungen aufgewogen, die durch eine rechtzeitige Diagnose und Heilung erzielt werden. Ursprünglich war beabsichtigt, neben der Krebszentrale 10 Ambulanzen zu schaffen. Diese Absicht konnte jedoch leider nicht verwirklicht werden.

Immerhin seien auch drei Ambulanzen ein begrüßenswerter Beginn und bedeuten einen großen Schritt weiter im Wiener Gesundheitswesen. Wenn es der Stadt Wien möglich war, die Tbc weitgehend zurückzudrängen, so werde dies auch durch entsprechende Bekämpfungsmaßnahmen gegen die große Volkskrankheit Krebs möglich sein.

GR. Dr. Soswinski (L.Bl.) begrüßt zwar den Antrag als ersten Schritt, gibt aber seiner Verwunderung Ausdruck, daß nicht mehr als drei Fürsorgestellen für die gesamte Wiener Bevölkerung geschaffen werden. Man müsse in der Bevölkerung das Bedürfnis wecken, diese Stellen zu besuchen. Erfahrungsgemäß finden sich dort gerade jene Menschen ein, die an Krebsangst leiden, während die Krebskranken selbst zur Indolenz neigen. Es sei notwendig, schon in allernächster Zeit dafür vorzusorgen, daß die notwendige Anzahl von solchen Krebsfürsorgestellen errichtet wird.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) weist darauf hin, daß heute in aller Welt allgemein dem Krebsproblem größtes Augenmerk geschenkt werde. Diese Krankheit schleicht sich wie ein Dieb in den menschlichen Körper ein und kann dort größte Verheerungen anrichten, so daß es, wenn sie endlich bemerkt wird, oft schon zu spät ist. Es ist Wunsch und Bestreben der Ärzte, alle Menschen etwa vom 40. Lebensjahre aufwärts, von welcher Zeit an der menschliche Organismus am häufigsten von diesem Leiden befallen werden kann, mindestens einmal im Jahre auf Krebs zu untersuchen. Durch diese Gesundenuntersuchung könne man bisher unbenutzte Leiden feststellen und damit wertvolle Menschenleben retten. Leider konnte nicht die vorgesehene Zahl von 11 Ambulanzen erreicht werden, obwohl der Betrag von einer Viertelmillion Schilling, der hiefür erforderlich gewesen wäre, für die Gesunderhaltung des Volkes eine bescheidene Summe darstelle. Die Einrichtung der Untersuchungsstellen bedeute eine große Wohltat für die ganze Wiener Bevölkerung. Die hiefür verausgabte Summe von etwa 100.000 S im Jahre werde sich reichlich lohnen. Bei richtiger Führung der Krebsfürsorgestelle werden wir den Menschen viele schwere Leiden ersparen und viele Menschenleben retten.

GR. Dr. Matejka (L.Bl.) meint, wenn die Kulturstadt Wien sich nun endlich auch dazu bequeme, etwas für die Krebsbekämpfung zu tun, hätte man wahrlich nach so langer Verzögerung ein besseres Ergebnis erwarten können. Es herrscht hier, erklärt Redner, ein Ungeist in diesem Hause, der sich drastisch in der schmachlich

kleinen Subvention zeige, die diese Gemeindevertretung zum Beispiel der Gesellschaft für Krebserforschung und Krebsbekämpfung in den letzten Jahren gegeben habe. Im vorigen Jahr war es die schätzbare Summe von 2.000 S. Alle Gemeinderäte, die für diesen Betrag die Hand erhoben haben, müßten sich schämen, denn sie zeigten damit deutlich ihr Unverständnis gegenüber der kulturell und gesundheitlich so wichtigen Krebsbekämpfung. Es sei nur zu hoffen, daß die Gemeinde die Subvention für diese Gesellschaft um ein Bedeutendes erhöhen und auf diese Weise beweisen werde, daß sie eine Kulturstadt ist.

Berichterstatter Vizebürgermeister Weinberger erklärt in seinem Schlußwort, es werde seitens der Stadtverwaltung sicherlich alles geschehen, um diesen gewiß lächerlich geringen Betrag zu erhöhen und diesen Schönheitsfehler zu beseitigen.

Der Antrag des Referenten wird schließlich einstimmig angenommen.

Neue Friedhofszoneneinteilung

Über die Schaffung von neuen Grabstellen in den städtischen Vorortefriedhöfen des alten Stadtgebietes und die neue Zoneneinteilung berichtet GR. Albrecht (SPÖ). Die Stadt betreibt im alten Stadtgebiet noch 29 sogenannte Vorortefriedhöfe, von denen ein Teil zur Zeit über keine belegbaren Gräber mehr verfügt. Dadurch hat sich der Anteil der Vorortefriedhöfe an den Beerdigungen von 62 Prozent auf 58 Prozent verringert. Dieser Abfall mußte bisher vor allem vom Zentralfriedhof getragen werden. Deshalb soll nun eine Zoneneinteilung geschaffen werden. Die Zone I umfaßt die Bezirke 1, 3, 4, 10 und 11. Die Zone II die Bezirke 5, 6 und 12, die Zone III den 13. Bezirk, die Zone IV den 7., 14. und 15. Bezirk, die Zone V den 16. Bezirk, die Zone VI die Bezirke 8 und 17, die Zone VII den 9. und 18. Bezirk, die Zone VIII den 19. Bezirk, Zone IX den 20. und 21. Bezirk und die Zone X den 2. und 22. Bezirk.

Stadtrat Dr. Robetschek (ÖVP), der zu diesem Punkt der Tagesordnung sprach, brachte einen Antrag ein, der auf ein Ersuchen der Kagraner Bevölkerung zurückgeht. Darnach soll eine kleine Änderung der Grenzziehung zwischen der Zone IX und X erfolgen, u.zw. so, daß die Gemeinde Kagran zu dem Kagraner Friedhof eingeteilt wird.

Der Besichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters mit dem Antrag von Stadtrat Dr. Robetschek angenommen.

Kollektivvertrag der städtischen Landarbeiter

Stadtrat Fritsch (SPÖ) referiert sodann über einen neuen Kollektivvertrag für die im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien beschäftigten Arbeiter. Der neue Vertrag wurde notwendig, weil eine Umstellung der Entlohnungsverhältnisse erfolgt ist. Während früher die Landarbeiter auf möglichst hohen Naturalbezügen bestanden, ist heute das Interesse an diesen Bezügen verschwunden. Die Landarbeiter wollen wieder mehr Bargeld haben. Der neue Vertrag trägt diesen Wünschen Rechnung. Die Bedingungen der Stadt Wien sind zu einem Teil günstiger als in der privaten Landwirtschaft. Stadtrat Fritsch betonte, daß die Stadtverwaltung bis an die Grenze des Möglichen gegangen ist; die zusätzliche Belastung durch den neuen Vertrag beträgt jährlich 300.000 Schilling.

GR. Dr. Altmann (L.Bl.) begrüßte zunächst die Verbesserungen, die dieser Vertrag mit sich bringt. Er bemängelte jedoch, daß auch diese Regelung die Mißachtung des Grundsatzes "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" aufweist. Er stellte fest, daß die niedrigeren Löhne für die Frauen ohne jede Rücksicht auf die tatsächlichen Leistungen festgesetzt wurden. Eine Frau, die offensichtlich das gleiche wie der männliche Arbeiter leistet, bekommt einen niedrigeren Lohn nur deswegen, weil sie weiblichen Geschlechts ist. GR. Dr. Altmann verlangte nachdrücklich, daß die Gemeinde Wien Frauen und Männer gleich behandeln solle.

Stadtrat Fritsch betonte in seinem Schlußwort, daß sich alle Landarbeiter in der Privatwirtschaft solche Bedingungen wünschen, wie die der städtischen Arbeiter. Er betonte nochmals, daß die Gemeinde bis an die Grenzen des Möglichen gegangen ist. Im übrigen sei die Differenz nicht besonders hoch. Sie beträgt zwischen einem Hilfsarbeiterlohn und der Entlohnung einer Hilfsarbeiterin monatlich 6 Schilling.

Zum Abschluß betonte der Referent, daß bei uns eben auf die körperliche Konstitution der Frau Rücksicht genommen wird, während sie in anderen Ländern in Bergwerken arbeiten müsse.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Erhöhung der Senkgrubenreinigungsgebühren

Über die Erhöhung der Senkgrubenreinigungsgebühren referierte GR. Wiedermann (SPÖ). Die neue Regelung der Senkgrubengebühren erfolgte auf Grund der allgemeinen Erhöhung der Materialkosten und der Löhne, um die Selbstkosten zu decken. Die neuen Gebühren, die ab 1. November 1950 in Kraft treten, betragen 15.20 S pro Kubikmeter an Werktagen und 16.50 S pro Kubikmeter an Sonn- und Feiertagen sowie für Überstunden.

GR. Dr. Soswinski (L.Bl.) bezeichnete die Erhöhung der Senkgrubenreinigungsgebühren als einen Nachlaß des dritten Lohn- und Preispaktes vom Mai 1949. Er betonte, daß die Erhöhung völlig überflüssig sei und lehnte daher den Antrag im Namen seiner Fraktion ab.

GR. Wiedermann entgegnete dem Debattenredner, daß die Vertreter des Linksblocks in den Ausschüssen keine Einwendungen gegen die Neuregelung erhoben haben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Sodann referiert Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) über eine Reihe von Tagesordnungspunkten, die ohne Debatte angenommen werden.

Unter anderem werden zu den im Finanzplan zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke-Gaswerke für das Wirtschaftsjahr 1949 Erhöhungen des Geldbedarfes um insgesamt 1,2 Millionen Schilling bewilligt, die durch die Nichtinanspruchnahme anderer Sachkredite und sichergestellter Geldforderungen bedeckt sind.

Für Erneuerungsarbeiten an den Gasbehältern der Wiener Stadtwerke-Gaswerke wird ein Nachtragskredit von 900.000 S bewilligt, der aus den verfügbaren Kassenbeständen zu decken ist.

Den Wiener Stadtwerken-Elektrizitätswerke wird zur Finanzierung der Umschaltung von Motoren und Aufzügen im Zusammenhang mit der Netzumschaltung ein Kredit in der Höhe von 2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Ferner wird für die Anschaffung von Netzumspannern ein Sachkredit von 1,7 Millionen Schilling genehmigt.

4. Lohn- und Preisabkommen

Den Bericht über die Neuregelung der Teuerungszuschläge der Bediensteten und Pensionsparteien der Stadt Wien (4. Lohn- und Preisabkommen) erstattet Stadtrat Fritsch (SPÖ). Er betont, es sei selbstverständlich, daß eine nach derart langen Kämpfen vereinbarte Abmachung einige Punkte enthalte, die die Arbeitnehmer keinesfalls befriedigen können. In der Demokratie sei es aber nun einmal so, daß keine Partei ihren Standpunkt hundertprozentig durchsetzen kann, es muß vielmehr im Zusammenwirken aller Gutgesinnten ein Ausweg gefunden werden.

Im wesentlichen handle es sich um eine Erhöhung der Bezüge um 10 Prozent, mindestens aber um 100 S monatlich. Die Pensionisten, die im Bezug eines Haushaltszuschusses stehen, erhalten mindestens 80 S monatlich, die übrigen Empfänger von Ruhegenüssen und Versorgungsgenüssen mindestens 50 S monatlich. Bei Doppelbezügen erfolgt die Auszahlung nur einmal. Ebenso erhalten jene Rentner Zuschüsse, die keinen Nebenverdienst haben. Die Kinderbeihilfe wird von 37 auf 60 S erhöht.

Die für die Bediensteten und Pensionsparteien durchgeführte Neuregelung erstreckt sich jedoch nicht auf das Brauhaus, Bäckereien und ähnliche Betriebe. Für diese gilt die von den zuständigen Gewerkschaften beschlossene Regelung.

Hinsichtlich der beim Bund durchgeführten Erhöhung der Pensionsbeiträge auf 4 Prozent sei die Gemeinde Wien bereit, die gleichen Pensionsbeiträge einzuheben, wenn die Dienstzeit der Gemeindeangestellten an die der Bundesangestellten angeglichen wird. Die endgültige Fassung dieser Bestimmungen wird nach Abschluß der Verhandlungen mit der Gewerkschaft verlautbart werden.

Die in Aussicht genommene Regelung tritt mit 1. Oktober dieses Jahres in Kraft. Die vollbeschäftigten Bediensteten erhalten bereits in den nächsten Tagen einen Vorschußbetrag von 70 S, Ruhegenußempfänger mit Haushaltszuschuß 60 S, die übrigen Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger 40 S. Gleichzeitig wird die Erhöhung der Kinderbeihilfe von 23 S monatlich ausbezahlt.

In der Hoheitsverwaltung der Gemeinde tritt durch das 4. Lohn- und Preisabkommen ein Mehrerfordernis von 70 Millionen ein, der Mehraufwand bei den Städtischen Unternehmungen beträgt 51 Millionen Schilling; der Finanzreferent wird also zusätzlich 121 Millionen Schilling aufzubringen haben.

Entgegen den Meldungen eines Teiles der heutigen Tagespresse werden auch die Richtsätze in der Fürsorge erhöht. Ihre endgültige Höhe steht jedoch derzeit noch nicht fest.

GR. Josef Doppler (WdU) erinnert daran, daß es erst drei Monate her sei, daß in diesem Hause über das sogenannte Nachziehverfahren beraten wurde. Mit diesem Nachziehverfahren habe niemand eine Freude gehabt, am wenigsten die unteren und mittleren Kategorien der Lohnempfänger. Arbeiterkammerpräsident Mantler habe erst vor kurzem erklärt, daß die Preissteigerungen der letzten Wochen und Monate mindestens 17 Prozent betragen haben. Die Unabhängigen müssen also fordern, daß zuerst diese Differenz ausgeglichen wird. (Zwischenrufe.) Es sei lächerlich, darauf zu verweisen, daß derzeit Karfiol und Äpfel besonders billig seien, da man sich nicht ausschließlich von Karfiol und Äpfeln nähren könne.

Ein besonderes Unrecht sei es, daß man den Ruhe- und Versorgungsgenüßempfängern nicht auch einen Mindestbetrag von 100 S garantiert habe, um ihnen die Möglichkeit zu geben, in der Übergangszeit - sicherlich werde ein 5. Lohn- und Preisabkommen nicht lange auf sich warten lassen -, ihr Auslangen zu finden. Er beantragt daher die Festsetzung des Zuschlages für Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen mit mindestens 100 S monatlich. Es wäre auch angebracht gewesen, den fixen Betrag von 100 Schilling beziehungsweise die 10prozentige Erhöhung als Steuer- und abgabefrei zu erklären.

Die Unabhängigen werden der Vorlage die Zustimmung erteilen, obwohl sie in keiner Weise befriedigt. Sie lehnen aber die Verantwortung für dieses System und für diesen Lohn- und Preisakt ab, weil sie genau wissen, daß wir in aller kürzester Zeit diese Angelegenheit neuerlich behandeln werden müssen. (Lebhafte Zwischenrufe.)

GR. Dr. Altmann (L.Bl.) erklärt, der vierte Lohn- und Preisakt, den man besser als Preistreiberabkommen bezeichnen sollte, müte den Arbeitern und Angestellten, ja überhaupt den breiten

Massen des Volkes neuerlich eine Senkung ihrer Lebenshaltung, zu, die alles bisher Gewohnte weit übersteigt. Wer könnte daran zweifeln, daß Preiserhöhungen von 25 bis 60 Prozent bei wichtigsten Waren und Tarifen nicht andere Erhöhungen mit sich ziehen. Die erste Täuschung liege schon darin, von einer zehnprozentigen Lohn- und Gehaltserhöhung, bzw. von Mindestbeträgen von 100 Schilling zu sprechen. Einen großen Teil dieser "Gehaltserhöhungen" nimmt der Staat, der mit der einen Hand diese Erhöhungen gibt, wieder weg. Die Progression der Steuerskala wird aufrechterhalten und alle Lohn- und Gehaltsbezieher müssen nach höheren Sätzen Steuer zahlen. Die auf dem Papier stehende zehnpromzentige Gehaltserhöhung entspreche bestenfalls einer sechs- oder siebenprozentigen, in den günstigen Fällen vielleicht achtprozentigen Erhöhung der Bezüge.

25 bis 60 Prozent auf der Seite der Preise - 10 Prozent gnädig auf der Seite der Löhne, das ist das Verhältnis, das den Arbeitern und Angestellten zugemutet wird! Jede Preiserhöhung auf dem einen Sektor wird weitere Preiserhöhungen auf dem anderen Sektor nach sich ziehen. Das neue Lohn- und Preisabkommen senkt so die Lebenshaltung aller Arbeitenden auf das empfindlichste und führt dazu, daß bei den niedrigsten Bezügen nicht einmal der einfachste Lebensunterhalt sichergestellt ist. Ohne Rücksicht auf die Preiserhöhungen, die sich in der Folge noch herausstellen werden, sei zur Aufrechterhaltung des Lohn- und Gehaltsniveau mindestens eine Verdopplung der vorgeschlagenen Bezugserhöhungen erforderlich.

Unter anhaltenden stürmischen Zwischenrufen erklärt der Redner, die Arbeiterschaft habe klar und eindeutig dieses Abkommen abgelehnt. In der überwältigenden Mehrzahl der Betriebe habe die gesamte Arbeiterschaft ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. (Ironische Heiterkeit.) Auch die Beamten und Angestellten der Gemeinde wissen nur zu genau, welcher Bettel ihnen als Ersatz dafür geboten wird, was ihnen durch die erhöhten Preise und Tarife weggenommen wird. Es ist ein zweifelhaftes Beginnen, den Arbeitern und Angestellten, die sich der Protestbewegung der Arbeiterschaft nicht angeschlossen haben, Dank auszusprechen. (GR. Marek: Nicht der Arbeiterschaft, sondern der Agenten!)

Wenn Sie der Meinung sind, daß die Arbeiterschaft der VÖST, von Steyr, Donawitz, der Wiener und der niederösterreichischen Großbetriebe aus Agenten besteht, so zeigt das nur Ihre Einstellung.

(GR. Marek: Ich bin nicht dieser Meinung. Aber Sie mißbrauchen die Arbeiterschaft!) Darüber können wir die Arbeiterschaft urteilen lassen! Daß es ein Bürgermeister über sich bringt, zu erklären, er werde die Arbeiter und Angestellten, die für ihre Rechte kämpfen wollen, zur Verantwortung ziehen, das ist eine Neuheit, das hat es in diesem Hause in der Zeit von 1919 bis 1934 nicht gegeben.

(GR. Marek: Ihr seht in dem Arbeiter nur das Kanonenfutter! - Ständige erregte Rufe und Gegenrufe zwischen den Sozialisten und dem Linksblock.)

Abschließend stellt der Redner den Antrag auf Verdoppelung der in der Vorlage enthaltenen Sätze. Mit einer Verdoppelung dieser Ansätze wären zwar noch lange nicht die berechtigten Forderungen der Arbeitenden erfüllt, es wäre aber wenigstens dafür gesorgt, daß für die bisher bekanntgegebenen Erhöhungen ein Ausgleich geschaffen würde. (Beifall beim Linksblock. - Anhaltender Tumult und Zwischenrufe.)

Wiederholt von Zwischenrufen aus den Bänken des Linksblockes unterbrochen, sprach nun GR. Lifka (ÖVP). Er beschäftigte sich zunächst mit den Ausführungen seiner Vorredner und prangerte an, daß es GR. Dr. Altmann gewagt habe, die Vorkommnisse in Wien und in den anderen Städten Österreichs als eine Bewegung des Volkes hinzustellen. Es war dies vielmehr ein Versuch der Kommunistischen Partei Österreichs, sich einzuschalten.

Der Redner wandte sich dann gegen die Kritik der Kommunisten an den Verhandlungen zum Zustandekommen des 4. Lohn- und Preispaktes. Er verglich die österreichischen Verhandlungen mit der Art, in der in Ungarn Löhne und Preise geregelt wurden. Dort hätten erst nach einem Beschluß des Ministerrates die Vertreter der Arbeiter Gelegenheit gehabt, dazu Stellung zu nehmen. In Österreich wurde im Gegensatz dazu wahrhaft demokratisch gehandelt, weil die neuen Preise und Löhne sachlich von allen Beteiligten geprüft und festgelegt wurden.

GR. Lifka fuhr fort, daß es die Arbeiter und Angestellten satt haben, die Kollegen der Kommunistischen Fraktion zu den Verhandlungen beizuziehen, wenn sie sich immer nur als Störenfriede aufführen. Man könne auf die Dauer nicht mehr hinnehmen, daß die Gewerkschaftsarbeit durch solche Methoden gestört werde. Man werde auch gewerkschaftliche Arbeit ohne die Kommunisten leisten können. (Beifall.)

Entgegen anderen Vorwürfen stellte der Redner fest, daß bei den Verhandlungen grundsätzlich auf die Minderentlohnnten Bedacht genommen wurde. Es wurde festgestellt, daß die nun eintretende Verteuerung 54 S beträgt. Es war klar, daß sich vielleicht eine weitere Belastung ergeben wird; darum hat man auch eine Aufrundung auf 100 S erwirkt, um so für alle Eventualitäten vorzusorgen. Die Kommunisten versuchen, eine Psychose in die Bevölkerung zu tragen. Die Bevölkerung hat aber Erfahrungen gesammelt und wird der weiteren Entwicklung mit Besonnenheit ihr Augenmerk zuwenden.

Zum Abschluß seiner Rede sprach GR. Lifka namens seiner Partei den maßgebenden Vertretern der Wirtschaft seinen Dank dafür aus, daß sie feierlich erklärt haben, alle preissteigernden Tendenzen hintanzuhalten.

Als nächster Redner sprach GR. Pölzer (SPÖ). Er gab seinem Erstaunen Ausdruck, daß zwei politische Richtungen in Österreich zueinandergefunden haben, die sich angeblich sehr bekämpfen: Die Unabhängigen und der Linksblock. (Zwischenrufe beim L.Bl. und WaU).

Der Redner beschäftigte sich dann gleichfalls mit den Ausführungen seiner Vorredner. Er widerlegte die Anschuldigungen von GR. Dr. Altmann, der behauptet hatte, daß die Tätigkeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes nur dazu angetan war, den Reallohn der Arbeiter und Angestellten zu senken. Das würde bedeuten, daß wir seit 1947 schlechter leben. Niemand kann dies aber ernstlich behaupten.

Unter dem lebhaften Beifall der Sozialisten erklärte GR. Pölzer, daß die Österreichische Gewerkschaftsbewegung nach Beendigung des Krieges ein glühendes Bekenntnis zum österreichischen Staat abgelegt hat. Die österreichischen Arbeiter und Angestellten sagen: dieser Staat ist unser Staat und wir müssen diesem Staat wieder Leben geben. So hat man versucht, die österreichische Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

GR. Pölzer gab nun einen Überblick über die Bestrebungen des Gewerkschaftsbundes im Laufe der letzten Jahre. Es wurde versucht, eine Preissenkungsaktion zu starten. Der Versuch ist zwar nicht so gelungen, wie die Gewerkschaft es gerne gesehen hätte. Man hat aber doch ein Steigen der Preise verhindern und sogar eine leichte Senkung durchsetzen können. Diese Politik hatte ihre Richtigkeit bis zum Koreakonflikt. Die Umstellungen auf dem Weltmarkt haben jedoch von da an Preiserhöhungen in der ganzen Welt ausgelöst. Dies mußte man auch in Österreich zur Kenntnis nehmen. Im Juni haben die Verhandlungen bezüglich der Agrarpreise begonnen, und es ist bekannt, daß die Getreidepreise nicht mehr kostendeckend waren. Auf Grund der neuen Agrarpreise wurde nun das 4. Lohn- und Preisabkommen geschlossen. Während aber bei den anderen Preisabkommen eine gegenseitige Bindung bestanden hatte, haben sich diesmal beide Teile ausbedungen, ohne Bindung abzuschließen. Dies deswegen, weil die Entwicklung der nächsten Wochen nicht abzuschätzen ist.

Der Redner wandte sich scharf gegen die Behauptung, die Sozialisten wären für ein Streikverbot und bekennen sich nicht mehr zu ihren alten Prinzipien des Streikrechtes. Die Sozialisten anerkennen selbstverständlich dieses Recht, aber nicht, daß man durch Terror versucht, eine Beeinträchtigung zu schaffen.

Der Redner betonte auch, daß sich erst dann die Verhältnisse zugespitzt haben, als Ankäufer der USIA das Getreide ankaufte. (Lebhafte Zwischenrufe von den Bänken des Linksblockes und Gegenrufe der Sozialisten.)

GR. Pölzer fuhr dann fort: Wir alle wissen, daß die 10 Prozent das Möglichste darstellen, was erhandelt werden konnte. Es ist noch unklar, ob es gelingt, bei diesen 10 Prozent die Preise zu halten. Aber die 10 Prozent sind das Äußerste, was aus den Verdienstspannen noch herausgebracht werden kann.

Die Methoden der KPÖ bezeichnete der Redner als die verwerflichsten, die man sich überhaupt vorstellen kann. Sie hätten sich nicht entblödet, Präsident Böhm als Arbeitverräter hinzustellen und sie hätten sich nicht entblödet, heute einen Zwischenruf von "Taschendieben" zu machen. Dies werde ihnen zurückgegeben werden, Auge um Auge, Zahn und Zahn.

Dieses Abkommen könne selbstverständlich nicht alle befriedigen. Aber bei solchen Abschlüssen muß man doch den Blick auf das Ganze richten. (Lebhafter Beifall.) Die österreichischen Arbeiter und Angestellten wissen, daß in der jetzigen Zeit nichts anderes möglich gewesen wäre, als dieser Abschluß. Sie haben natürlich auch ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gegeben und erwarten, daß die Wirtschaftskreise Einsicht bekunden und die Inflation vermeiden werden. Der Kampf ist noch um mehr gegangen. Wir alle haben gefühlt, daß die Kommunisten einen Putsch machen wollten. Dieses Vorhaben ist aber an dem Verantwortungsbewußtsein der österreichischen Arbeiter und Angestellten gescheitert. (Stürmischer Beifall.)

Zum Abschluß seiner Rede versicherte GR. Pölzer, daß die österreichische Arbeiterschaft und die österreichischen Angestellten klug genug sind, um auf der Hut zu sein, damit allen zukünftigen Preissteigerungen auch eine Lohnerhöhung folge. (Lebhafter Beifall)

GR. Keller (parteilos, früher WdU) gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß es bei Bekanntwerden des 4. Lohn- und Preisabkommens zu Streiks und Ausschreitungen gekommen ist, vor allem aber darüber, daß Bedienstete in Ausübung ihrer Pflicht durch solche Aktionen verletzt wurden. Durch solche Ausschreitungen könne die Not und das Elend des Volkes nicht beseitigt werden. Andererseits habe die Bevölkerung allen Grund, sich durch dieses 4. Lohn- und Preisabkommen bedroht zu fühlen. Die österreichische Bevölkerung sei, vom Währungsschutzgesetz angefangen über die drei Lohn- und Preisabkommen, immer wieder betroffen worden. Auch diesmal werde der Bevölkerung als Ausgleich für die eintretenden Erhöhungen kaum ein Trinkgeld gegeben. (GR. Marek: Sie sind aber großzügig! - Beiterkeit.) Es sei heute so, daß Wien zwar eine schöne Straßenbahn besitze, daß die Arbeiter mit ihrer Wochenkarte zur Arbeit und nach Hause fahren, im übrigen aber die Bevölkerung zu Fuß laufen müsse, weil sie sich die Fahrscheine nicht mehr leisten könne. (GR. Mistingher: Darum haben wir 600 Millionen Fahrgäste!) Auch dieses Abkommen werde die wirtschaftliche Situation der arbeitenden Bevölkerung zweifellos verschlechtern.

Wenn wir eine vernünftige Wirtschaftsführung hätten, müßte unser Lebensstandard ständig steigen, da ja unsere Produktion ständig größer wird. Vor allem aber müsse er eine Reformierung unseres Geldwesens verlangen, insbesondere eine **Reorganisierung** der Nationalbank.

Der Redner beschäftigt sich sodann mit einem Zeitungsartikel über die Rechtspersönlichkeit der Österreichischen Nationalbank, worauf er vom Vorsitzenden GR. Koci ermahnt wird, zur Sache zu sprechen. Er fordert abschließend im Namen des österreichischen Volkes (schallende Heiterkeit) die schon längst versprochene gesetzliche Neuregelung unseres Geldwesens. Er werde gegen den Antrag des Berichterstatters stimmen.

Stadtrat Fritsch teilt in seinem Schlußwort zunächst mit, daß in Besprechungen mit dem Bund vereinbart wurde, die Bezugsvorschüsse für die nicht in Verwendung stehenden Bediensteten um 10 Prozent erhöht werden, und zwar sollen sie mit 320 Schilling monatlich festgesetzt werden. Ebenso sollen die Bezugsvorschüsse für die Angehörigen eingerückter und noch nicht heimgekehrter Bediensteter um 10 Prozent erhöht werden, wobei die Erhöhung mindestens 50 Schilling betragen soll, wozu noch die Erhöhung der Kinderbeihilfe kommt.

Entgegen den Ausführungen des GR. Doppler müsse er feststellen, daß Präsident Mantler zwar von einer Steigerung der Lebenshaltungskosten um 17 Prozent gesprochen habe, daß er hierbei jedoch den Zeitraum vom 1. bis zum 3. Lohn- und Preisabkommen gemeint habe.

Die Erhöhung der Zulage für die Pensionisten müsse er als Referent ablehnen, da es bei den derzeitigen finanziellen Verhältnissen ausgeschlossen sei, von den vorgeschlagenen Ansätzen abzugehen. Der Antrag auf Erhöhung der Zulage für die Pensionisten gehe auch deshalb daneben, da sie 80 S bekommen, während ihnen auf Grund der Automatik nur 78,3 Prozent der den Aktiven gewährten Erhöhung zustehen würden.

GR. Dr. Altmann habe in seinen Ausführungen ohne Zweifel stark übertrieben. Wir dürfen nicht vergessen, daß Faschismus, Diktatur und Krieg sich noch lange auf die Lebenshaltung unserer Bevölkerung auswirken werden. Wir haben in Österreich gegenüber anderen Staaten aber den Vorteil, daß wir diese Probleme ehrlich

und offen besprechen können, es kommen auch Oppositionsredner zu Wort, was in anderen Ländern nicht der Fall ist! (Zustimmung.)

Zur Beschwerde des GR. Dr. Altmann, daß die Protestversammlungen nicht so ausgefallen seien, wie er es gerne gehabt hätte, könne man feststellen, daß die Mehrheit der Arbeitnehmer auch in Niederösterreich gewerkschaftlich und politisch so weit gereift sei, daß sie wohl unterscheiden könne, was durchsetzbar und was für die Wirtschaft schädlich ist. Die Kommunisten sollen nicht nur von Lohnerhöhungen reden, sondern vor allem in den USIA-Betrieben dafür sorgen, daß Lohnerhöhungen gewährt werden, weil diese Betriebe zum Teil beträchtliche Übergewinne erzielen, die sie ohne weiteres zu Konkurrenzmanövern verwenden könnten. Die von GR. Altmann eingebrachten Anträge müsse er als Referent zur Ablehnung empfehlen.

Zum Schluß richtet Stadtrat Fritsch ernste Worte an die Leitenden der österreichischen Wirtschaft. Die Produzenten Österreichs, die Händler und auch der Großhandel hätten gesehen, wie hoch in den letzten Tagen die Welle der Empörung geschlagen habe. Es sei einzig und allein der Vernunft der Wiener Arbeiter zu danken, daß nichts Ärgeres passiert sei. Österreichs Arbeiter wollen arbeiten, wollen leben, sie wollen den größtmöglichen Anteil am Produkt ihrer Arbeit haben. Sie wollen vor allem - das haben die letzten Tage in aller Deutlichkeit bewiesen - in Ruhe arbeiten und lassen sich nicht zu unvernünftigen Handlungen hinreißen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge der GR. Dr. Altmann und Doppler abgelehnt, der Antrag des Referenten mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, WdU und Linksblock angenommen.

Der Strom- und Straßenbahnfahrpreis

Stadtrat Dkfm. Natenschläger berichtet über die Tarifregulierung der Wiener Elektrizitätswerke sowie über die Tarifänderung bei den Wiener Verkehrsbetrieben.

Zur Erhöhung der Strompreise führt er aus, daß bereits im Juli 1950 mit Rücksicht auf die erhöhten Gestehungskosten festgestellt wurde, daß mit den geltenden Strompreisen das Auslangen nicht mehr gefunden werden konnte.

Die jetzt in Verhandlung stehende Tarifregulierung mit einer Erhöhung um 23.35 Prozent kann nicht als kostendeckend bezeichnet werden. Man war vor allem bestrebt, nur eine möglichst geringe Verteuerung des Haushaltstroms herbeizuführen. Gegenüber einem durchschnittlichen Erlös je Kilowattstunde von 26.42 Groschen im Jahre 1937 soll die neue Erhöhung einen Durchschnittserlös von 55.34 g erbringen, der somit nur um 110 Prozent höher ist als 1937. Die Strompreise haben daher in Wien gegenüber allen Warenpreisen die niedrigste Steigerung erfahren. Der Haushaltstarif erfährt pro Kilowattstunde eine Erhöhung von 28 auf 35 g, während der Grundpreis bei den ersten beiden Tarifräumen um 7.7 Prozent erhöht wird, für jeden weiteren Tarifraum jedoch unverändert bleibt. Für Haushaltabnehmer tritt eine durchschnittliche Erhöhung des Strompreises um 14.96 Prozent, für Gewerbeabnehmer um 26.55 Prozent, bei allen Tarifabnehmern ohne Industrie insgesamt eine Erhöhung um 21.62 Prozent ein. Die durchschnittliche Erhöhung bei den Sonderabnehmern einschließlich Industrie, Bahnen und öffentliche Beleuchtung beträgt 27.34 Prozent. Da aber der Strom, der den Wiener Straßenbahnen zur Verfügung gestellt wird, von jeder Erhöhung ausgenommen ist - die E-Werke subventionieren also nach wie vor die Wiener Verkehrsbetriebe - macht die Erhöhung für die übrigen Sonderabnehmer durchschnittlich 31.65 Prozent aus.

Zu der Tarifierhöhung bei den Wiener Verkehrsbetrieben stellt Stadtrat Nathschläger fest, daß diese Tarife in den letzten Jahren immer zurückgeblieben sind. Auch diesmal müßte zur Deckung aller Unkosten der Tagesfahrtschein 1.20 S kosten, während in Ansehung der derzeitigen Wirtschaftslage sowie der Lohn- und Preisentwicklung der letzten Zeit nur ein Straßenbahntarif von 1 S und von 5.40 S für die Wochenkarte in Erwägung gezogen werden kann. Der zu erwartende Mehrertrag deckt nur zu 87.9 Prozent das Mehrerfordernis aus dem 4. Lohn- und Preisübereinkommen, nicht aber den normalen Gebarungsabgang (15.7 Millionen) und auch nicht den erforderlichen Aufwand für das Nachziehverfahren (21.3 Millionen). Die Tarifierhöhung wird unvermeidlich einen gewissen Ausfall der Zahl der Fahrgäste mit sich bringen und zu einer Abwanderung zu billigeren Fahrpreiskategorien führen.

Tagesfahrchein und Kinderfahrchein erfahren eine Erhöhung um 25 Prozent, während die Wochenkarte sowie der Sonn- und Feiertagsrückfahrchein nur um 20 Prozent erhöht wird. Die Straßenbahnen rechnen mit einem Einnahmeplus von 9.2 Prozent gegenüber einem Mehrerfordernis von 24.2 Prozent.

Die vorgesehene Neuregelung der Tarife bei den Elektrizitätswerken wie bei den Verkehrsbetrieben erreicht, wie der Stadtrat abschließend feststellt, bei weitem nicht das Ausmaß, das betriebswirtschaftlich erforderlich wäre. Wir richten jedoch die Tarifgestaltung nicht nach rein kaufmännischen Grundsätzen, sondern gehen der sozialen Note sehr weitgehend Raum und berücksichtigen weitgehend die wirtschaftliche Lage der breiten Masse. Wir verlangen bewußt nicht kostendeckende Preise, sondern haben verantwortungsvoll geprüft, was für die Bevölkerung auch tragbar erscheint.

GR. Wicha (WdU) weist darauf hin, daß die E-Werke schon jetzt mit Absatzstockungen zu kämpfen haben, weil sich die meisten Abnehmer größter Sparsamkeit befleißigen müssen. Bei Erhöhung der Strompreise sei mit einem weiteren Konsumrückgang zu rechnen. Der neue Straßenbahntarif bedeute für eine vierköpfige Familie bei einem Sonntagsausflug allein eine Ausgabe für die Straßenbahn von 8.20 S. Die Gemeinde müßte sich auch mit der Frage des Kurzstreckentarifs befassen, wenn der Rückgang der Fahrgäste kompensiert werden soll.

GR. Lauscher (L.Bl.): Wenn man heute in Wien eine geheime Abstimmung über das 4. Lohn- und Preisübereinkommen durchführen würde, dann würde die Mehrheit der Bevölkerung dieses Übereinkommen verwerfen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Auch nach dem 3. Lohn- und Preispaakt sind die Preise bedeutend angestiegen, obwohl die Sprecher der Mehrheitsparteien dies damals vorher bestritten haben. Der Anteil der Arbeitenden an dem immer größeren Nationaleinkommen ist ständig geringer geworden, während die Profite der Unternehmer gewachsen sind. 1937 betrug der Anteil der Kapitalisten am österreichischen Nationaleinkommen 44 Prozent, der Anteil der Arbeiter 46 Prozent. Im Jahre 1949 änderte sich diese Relation in 51 Prozent für die Unternehmer und 39 Prozent für die Arbeiter und Angestellten. Von einer Vollbeschäftigung ist heute längst

keine Rede mehr. Die Schere zwischen Löhnen und Preisen wird immer größer und drückt damit die Kaufkraft des Schillings herab. Das schleichende Gespenst der Inflation senkt über den Weg der Verminderung der Kaufkraft immer weiter das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten. In ihren Augen hat die Politik der Preissenkung schon längst Bankrott gemacht, denn sie haben den Schwindel und Betrug durchschaut. Am meisten enttäuscht sind gerade jene Vertrauensmänner der beiden Regierungsparteien, die wirklich an diese Politik der Preissenkung geglaubt haben.

Wenn Sie ehrlich sind, ruft GR. Lauscher dem Haus zu, müssen Sie zugeben, daß die Vertrauensmännerkonferenz im 25. Bezirk das Lohn- und Preisabkommen abgelehnt hat, daß die Vertrauensmännerkonferenz in Ottakring mit einem Tumult geendet hat und daß die Konferenz im 10. Bezirk außerordentlich stürmisch verlaufen ist. (Anhaltende erregte Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Der Ausdruck der wahren Stimmung der arbeitenden Bevölkerung war die spontane Arbeitsniederlegung in hunderten Wiener Betrieben, die mächtigen Kundgebungen am Ballhausplatz und am Ring. (GR. Nora Hiltl: Die mit Autos nach Wien hereingeführt wurden!)

Diese Demonstrationen haben eindeutig gezeigt: Die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten lehnt dieses 4. Lohn- und Preisübereinkommen ab. Sie sind nicht mehr gewillt, eine weitere Senkung ihres Realeinkommens kampflos hinzunehmen. Sie sind vielmehr bereit und entschlossen, einheitlich gegen den neuen Raubzug auf ihre Lebenshaltung den Kampf zu führen. Sie lassen sich nicht mehr einreden, daß mit den vorgesehenen offiziellen Preissteigerungen weitere Preiserhöhungen abgewendet wurden. Die Arbeiter und Angestellten wissen heute bereits auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen, daß das neue Übereinkommen eine Kette weiterer Preissteigerungen nach sich ziehen wird. Deshalb glauben sie den Beteuerungen der Sprecher der beiden Regierungsparteien nicht mehr. Das ist die Ursache für die spontane Massenaktion der österreichischen Arbeiter und Angestellten (Fortwährende Zwischenrufe. - Stadtrat Afritsch: Kominform spontan!)

Kreise des österreichischen Kapitals erklären bereits gerade heraus, daß sie nicht daran denken, auch nur auf ein Quentchen ihrer bisherigen hohen Profite zu verzichten.

Im Zusammenhang mit der Feststellung, daß durch den Koreakonflikt die Weltmarktpreise gestiegen sind, stellt GR. Lauscher fest, daß es Länder in Europa gibt, in denen die geschilderte Entwicklung der Weltmarktpreise sich durchaus nicht so ausgewirkt hat, wie in Österreich. In Ungarn, Rumänien, Bulgarien, in der Tschechoslowakei und in der Sowjetunion wurden gerade in den letzten Monaten die Preise bedeutend gesenkt (stürmische Zwischenrufe). Der Redner stellte weiter fest, daß der Reallohn in Ungarn bedeutend höher als im Jahre 1938 sei. (Gegenrufe.) Im letzten Sommer haben dutzende österreichische Gewerkschafter die Möglichkeit gehabt, sich davon zu überzeugen. (Erneute Zwischenrufe.)

Wieder auf die Tarifierhöhungen zurückkommend, gab der Redner seiner Befürchtung Ausdruck, daß sie nicht die einzigen Tarifierhöhungen bleiben werden. Das geht schon daraus hervor, daß im letzten Augenblick die Erhöhung der Preise für die städtischen Bäder auf die Nachtragstagsordnung gesetzt wurde.

Zu den Ausführungen des Bürgermeisters zu Beginn des Landtages, sprach GR. Lauscher sein Bedauern darüber aus, daß der Bürgermeister zu der größten Kampfbewegung der Arbeiter und Angestellten in der zweiten Republik eine solche Haltung bezogen habe. Er habe dafür wohl die Mehrheit in diesem Haus für sich, aber unter keinen Umständen die Mehrheit in den Betrieben und bei den Arbeitern und Angestellten. (Empörte Zwischenrufe.) Zu den angekündigten Maßregelungen städtischer Bediensteter kündigte der Redner die schärfsten Kampfmittel dagegen an.

GR. Lauscher kam dann auf die Gemeindebefürsorgten zu sprechen und stellte fest, er hätte erwartet, daß heute auch eine Erhöhung der Unterstützung der Gemeindebefürsorgten beschlossen würde. Er nahm die Ankündigung einer Erhöhung mit Befriedigung zur Kenntnis und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Befürsorgten die erhöhte Unterstützung rechtzeitig erhalten werden. (Vizebürgermeister Honay: Sie werden die Unterstützung rechtzeitig erhalten.)

Zum Abschluß seiner Ausführungen gab GR. Lauscher bekannt,

daß seine Fraktion gegen die Erhöhungen stimmen werde, da sie grundsätzlich andere Auffassungen über die Lösung der wirtschaftlichen Probleme in unserem Land habe. Er stehe nicht an es auszusprechen, daß die Fraktion des Linksblockes gegen die Tarifierhöhungen den Kampf führen werde.

GR. Adelpoller (SPÖ) gab zu bedenken, daß trotz der Tarifierhöhungen bei den Verkehrsbetrieben noch immer keine kostendeckenden Preise vorhanden sind und die Situation bei den E-Werken die gleiche ist. Man könne daher nicht sagen, daß die Gemeinde auf diesem Sektor den Arbeitern alles "herausnimmt".

Zu der Beschwerde des Linksblockes, daß hinter verschlossenen Türen verhandelt worden war, gab der Redner die schlechten Erfahrungen zu bedenken, die man gemacht habe. Hätten die Kommunisten auch nur eine Ahnung davon gehabt, so wären durch die Publikationen in ihrer Presse Preiserhöhungen eingetreten.

Zu den Behauptungen der Kommunisten, daß sie im Namen der Arbeiterschaft handelten, stellte der Redner nachdrücklich fest, daß höchstens 10 Prozent der Arbeiterschaft hinter ihnen ständen, und diese nur unter Zwang handelten. (Beifall.) Selbstverständlich müssen jene auch zur Verantwortung gezogen werden, die ihre Pflicht nicht getan haben. Nicht weil sie gestreikt haben, sondern weil sie eben ihre Pflichten verletzten.

GR. Adelpoller bewies sodann an Hand von statistischem Material, daß der österreichische Arbeiter noch immer besser lebe, als sein Kollege in den Volksdemokratien. Während ein Arbeiter in Österreich 3 Stunden und 45 Minuten arbeiten müsse, um 1 Kilo Schmalz zu kaufen, müsse ein Arbeiter in der CSR 7 Stunden und 46 Minuten arbeiten. Um einen Kilo Zucker nach dem neuen Preis zu kaufen, muß der österreichische Arbeiter 1 Stunde 27 Minuten arbeiten, in der Tschechoslowakei mehr als 6 Stunden. Auch bei den Wohnverhältnissen ist dies ähnlich. In der Tschechoslowakei kostet eine Wohnung von 40 m² Fläche, die aus öffentlichen Mitteln erbaut ist, 4.000 Tschechenkronen im Monat und 4.500 verdient ein Arbeiter im Durchschnitt. (GR. Dr. Altmann: Das ist eine niederträchtige Lüge!)

Zu der Frage der Arbeitslosen bemerkte GR. Adelpoller, dies komme daher, weil in den Staaten, in denen die Kommunisten zu reden haben, die Deutschen ausgetrieben und in unser Land gepreßt wurden. Hier finden sie Auskommen, Arbeit und Brot. Wenn man es in Österreich so wie die Kommunisten machte, dann hätten auch wir keine Arbeitslosen in unserem Land. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Schwaiger (ÖVP) betont, man könne mit Stolz feststellen, daß die Wiener Bevölkerung und die gesamte Bevölkerung unseres österreichischen Vaterlandes in den letzten fünf Jahren wirklich Hervorragendes geleistet habe. Wir sind in diesen Jahren mit schwierigen Problemen fertig geworden, es sei nur an die Probleme der Bekleidung, des Verkehrs und des Wiederaufbaues im Jahre 1945 erinnert. Alle diese Fragen wurden gemeistert, und auch das Ausland, soweit es uns nur halbwegs gut gesinnt ist, hat diese Leistungen des Österreichischen Volkes gewürdigt; aus der Statistik des österreichischen Fremdenverkehrs für das Jahr 1950 ist zu entnehmen, daß die freie Welt wieder Vertrauen zu unserem österreichischen Vaterlande hat und uns in unserer Aufbauarbeit unterstützt.

Die Arbeiter und Angestellten unseres Landes sind gegen die Versuche des Kommunismus in den vergangenen Jahren krisenfest geworden. (Zwischenrufe des Linksblocks.) Daß die verantwortlichen Männer in diesem Lande das Richtige getan haben, hat die Wahl im Oktober 1949 bewiesen, da die verantwortlichen Parteien des Landes die überwiegende Mehrzahl der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten.

Das 4. Lohn- und Preisabkommen habe auch die Erhöhung verschiedener Tarife gebracht. Die Belastungen, die der Bevölkerung auferlegt werden mußten, sollen möglichst erleichtert werden. Da die Erhöhung der Straßenbahntarife voraussichtlich einen Ausfall von 42 Millionen Fahrgästen im Jahr zur Folge haben wird, stellt der Redner den Antrag:

"Der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe XI wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß ehebaldigst auf der Straßenbahn ein Kurzstreckentarif und der Tagesrückfahrchein eingeführt wird".

Der Kurzstreckentarif habe sich schon einmal bewährt, der Tagesrückfahrtsch. . . werde vor allem für jene von Bedeutung sein, die keinen ständigen Arbeitsplatz haben und daher die Wochenkarte nicht benützen können.

Es werde den Kommunisten bei uns genau so wenig wie in Frankreich und Italien gelingen, unser Land in den Abgrund zu führen. GR. Lauscher habe von spontanen Massendemonstrationen gesprochen und Dr. Altmann habe behauptet, daß die überwiegende Mehrzahl der Wiener Arbeiterschaft diesem Lohn- und Preisabkommen ablehnend gegenüberstehe. Tatsächlich haben sich nach einer Aufzählung der "Volksstimme" nur 158 von den rund 70.000 Wirtschaftsbetrieben, die in Wien Arbeiter und Angestellte beschäftigen, der Streikbewegung angeschlossen (Zwischenrufe beim Linksblock), darunter solche mit ein oder zwei Arbeitern. Die Aufwiegler und Verhetzer der Arbeiterschaft seien gar nicht in den Demonstrationenzügen mitmarschiert, sondern in den Lautsprecherwagen herumgefahren. An der Spitze mancher Züge hätten sich uniformierte Mitglieder einer Besatzungsmacht befunden, die einmal als Befreier in unser Land gekommen sind, heute aber nichts anderes mehr als Bedrücker unserer Bevölkerung darstellen. (GR. Lauscher: Eine Lüge, unerhört so etwas! - Stürmische Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ. - GR Dr. Altmann: Du bist ein gemeiner und niederträchtiger Lügner. - GR. Lauscher: Können Sie das beweisen? Sie sind ein ausgesprochener Lügner. - Weitere anhaltende Zwischenrufe.)

Vorsitzender Koci: Ich muß den GR. Dr. Altmann zur Ordnung rufen und ersuche ihn, die Würde des Hauses zu wahren. (Weitere anhaltende Zwischenrufe beim Linksblock.) -

GR. Schwaiger (fortsetzend): Wenn heute ein Mandatar einer verantwortungsbewußten Partei von Kommunisten Lump und Lügner genannt wird, dann ist das für diesen Mandatar ein Ehrentitel: (Stürmischer Beifall bei der ÖVP.)

Als GR. Maller (L.Bl.) den GR. Jirava als "Taschelzieher" bezeichnet, kommt es zu minutenlangen stürmischen Szenen.

Vorsitzender Koci: Es wurde mir mitgeteilt, daß Herr GR. Maller den Zwischenruf "Taschelzieher" gebraucht hat. (GR. Maller: Ja, das habe ich getan! Ihr seid eine Koalition der Taschelzieher! Wenn GR. Maller diesen Ausdruck wiederholt, sehe ich mich gezwungen, ihn von der Sitzung auszuschließen.)

GR. Schwaiger (fortsetzend): Die Wiener Bevölkerung habe die kommunistische Hetzpropaganda abgelehnt, wofür ihr der herzliche Dank ausgesprochen werden soll. (Beifall bei der ÖVP.) Es habe sich wieder einmal mehr gezeigt, daß das österreichische Volk die Freiheit der Volksdemokratie vorziehe. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Jodlbauer (SPÖ) betont, er verstehe die Nervosität der Kommunisten, da ihre Freunde, je mehr wir uns den Weltmarktpreisen nähern, immer weniger Möglichkeiten haben, durch Schleichhandel große Gewinne einzustecken und billig Waren ins Ausland zu verschieben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Wenn die Kommunisten heute nicht so lebendig waren, wie man es hätte erwarten sollen, so sei dies wohl darauf zurückzuführen, daß ihre Aktion mißlungen sei und sie die Säuberung, die heute oder morgen kommen wird, fürchten. (Beifall bei der SPÖ). Die Arbeiter und Angestellten unseres Landes in ihrer übergroßen Mehrzahl haben die Not unserer Zeit verstanden und haben mit Ruhe und Disziplin die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten anerkannt.

Wenn gewisse Wirtschaftstreibende dieser Stadt glauben, dem Linksblock Schützenhilfe leisten zu können, so werden wir mit der ganzen Gewalt einer Volksidee gegen diese Menschen Stellung nehmen. Es geht nicht an, daß ein Teil der Bevölkerung es versteht, immer wieder die Unruhen, die von der Linken erzeugt werden, für ihre Privatgeschäfte auszunützen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Die gewerbliche Wirtschaft knüpfe an die Tariferhöhungen die Hoffnung, daß es der Gemeindeverwaltung gelingen wird, diese neuen Belastungen aufzufangen, um unermüdlich in der Bautätigkeit fortfahren zu können. So mancher, der heute noch über die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises schimpft, wird es sich vielleicht zu überlegen haben, ob es nicht besser ist, um einen Schilling bei Arbeit, Freiheit und Brot zu fahren, als übermorgen, wenn ihm diese genommen würden, vielleicht demagogisch billiger zu fahren, wie es die Linke vorschlägt. (Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Dipl.Kfm. Nathschläger bemerkt abschließend zu der in der Debatte angeregten Einführung eines Kurzstreckentarifs, daß die Schwierigkeiten hiefür in der überaus geringen Zahl der zur Verfügung stehenden Wagen liegen. Als neugewählter Stadtrat für die städtischen Unternehmungen sei es für ihn eine unangenehme Aufgabe, der Wiener Bevölkerung neue erhöhte Tarife vorzusetzen, andererseits habe er aber die angenehme Pflicht zu erfüllen, seiner Freude Ausdruck zu verleihen, daß die städtischen Betriebe den verschiedenen Einflüsterungen nicht Folge geleistet haben, sondern daß sie die Zeichen der Zeit richtig verstanden und darnach gehandelt haben. Dafür gebühre ihnen der Dank des neugewählten Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die vorgeschlagenen Tariferhöhungen mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag auf Einführung eines Tagesrückfahr Scheines wird gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Den Bericht über die Übernahme des Wiener Bestattungsbetriebes Payer, Schmutzer & Co. durch die Gemeinde Wien erstattet gleichfalls Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Darnach ist es nach längeren Verhandlungen zu einer Vereinbarung mit dieser Firma, die an dem Gesamtumfang der Bestattungen in Wien mit 8,9 Prozent noch einen beachtlichen Anteil hatte, gekommen, auf Grund der das Unternehmen an die Stadt Wien verkauft wird. Die neugegründete Gesellschaft m.b.H. Payer, Schmutzer & Co gehört zu 90 Prozent der Gemeinde Wien und zu 10 Prozent den bisherigen Gesellschaftern.

GR. Wicha (WdU) stellt den Antrag auf Rückverweisung der Vorlage an den Stadtsenat und Gemeinderatsausschuß zur Klarstellung der Überführungsbedingungen der Arbeiter und Angestellten der Firma in die Dienste der Gemeinde Wien.

GR. Dr. Altmann (L.Bl.) wirft die Frage auf, ob es sinnvoll sei, diese Firma als eigene Gesellschaft fortzuführen. Es müsse das Ziel sein, die gesamte Bestattung im Rahmen der Städtischen Bestattung, die zur Gänze im Eigentum der Stadt Wien stehen muß, zu führen.

Eine solche zwischengeschaltete Unternehmung berge vor allem Gefahren für die dort beschäftigten Angestellten und Arbeiter in sich und erzeuge den Verdacht, daß die Rechte der Arbeiter nicht voll gewahrt werden.

In einem Resolutionsantrag fordert GR. Dr. Altmann den Stadtsenat auf, dafür zu sorgen, daß bei Ankauf oder sonstiger Übernahme von Betrieben oder Unternehmungen durch die Stadt Wien, insbesondere auch bei der Übernahme von privaten Leichenbestattungsunternehmungen, alles vorgekehrt wird, daß die Arbeiter und Angestellten ohne jede Schädigung ihrer erworbenen Rechte und unter voller Sicherung ihrer Existenz übernommen werden und daß ihnen die Möglichkeit geboten wird, nach Wunsch dieselbe dienst- und besoldungsrechtliche Stellung zu erlangen, die gleichartig Beschäftigten in der Stadtverwaltung oder bei städtischen Unternehmungen gesichert ist.

GR. Sigmund (SPÖ) stellt fest, daß es sich hier um eine rein wirtschaftliche und geschäftliche Transaktion handelt, die schon in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg ihre Wurzel hat: Im Zusammenhang mit der Bestattung von Menschen soll der Konkurrenzkampf wirtschaftlicher Unternehmungen ausgeschaltet werden. Aus diesem Grund wurde auch die Städtische Bestattung ins Leben gerufen. Im Laufe der Zeit hat die Städtische Bestattung verschiedene Unternehmungen angekauft und damit ungefähr 80 Prozent der Sterbefälle versorgt. Im Jahr 1945 war es gerade die Sozialistische Partei, die dazu gedrängt hat, diesen Prozeß zu beschleunigen. Sie steht auch heute noch auf diesem Standpunkt.

Es war der Wunsch des Koalitionspartners, daß die Übernahme der privaten Unternehmungen nicht auf einmal erfolgt, sondern daß man im Verhandlungsweg mit den Privatbestattungen diesen Zustand beendet. Wir haben hier ein Beispiel dafür.

Der Redner stellte mit Genugtuung fest, daß die Angelegenheit der Arbeiter und Angestellten in vielen Besprechungen bereinigt wurde und daß hier nicht gesagt werden kann, man hätte auf die Arbeiter und Angestellten vergessen.

GR. Dr. Altmann hat die Frage aufgeworfen, ob vor dem Vertragsabschluß genau festgestellt wurde, daß die Rentabilität des Betriebes eine angemessene Entschädigung für die Kaufsumme bedeutet.

GR. Sigmund teilte dazu mit, daß die Firma im Jahre 1949 einen Umsatz von 2.3 Millionen getätigt hat, und daß auch das Kontrollamt alle Unterlagen überprüfte.

Wegen des zukünftigen Titels der Firma, sagte der Redner, daß man hier der Städtischen Bestattung zubilligen müsse, sich im gegebenen Rahmen zu bewegen. Wenn die Verhandlungen mit den übrigen Firmen beendet sein werden, wird es nur mehr eine Städtische Bestattung geben.

Am Ende seiner Ausführungen begrüßte es GR. Sigmund im Namen seiner Fraktion, durch die Übernahme der Firma das Ende der privaten Unternehmungen rascher herbeizuführen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger gab in seinem Schlußwort zu den Ausführungen von GR. Wicha folgende Aufklärungen: Sämtliche Angestellte haben wieder einen Arbeitsplatz. 13 werden in die neue Gesellschaft übernommen. Zwei wurden an die Druckerei überstellt, einer wurde schon vorher gekündigt und vier andere sind im Zuge einer Rationalisierungsmaßnahme seitens der Firma gekündigt worden.

Von den 33 Arbeitern sind 20 Wochenlöhner, 11 Halbtagsbeschäftigte und 2 Altersrentner. Davon werden 22 der Magistratsabteilung 43 überstellt, um vormittags auf den Friedhöfen Gärtnerarbeiten zu leisten; nachmittags werden sie bei Bestattungen beschäftigt, 8 Arbeiter werden an die neue Gesellschaft abgetreten, und einer hat erklärt, daß er nicht übernommen werden will. Die beiden Altersrentner scheid⁴³ aus, da sie im Bezug ihrer Rente stehen. Die/fallweise Beschäftigten, werden von der Städtischen Bestattung gleichfalls fallweise verwendet werden.

Es muß überhaupt gesagt werden, daß die Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Instanzen wegen der Übernahme des Personals geführt wurden und daß alles getan worden ist, um die Rechte der Arbeiter und Angestellten zu wahren.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger stellt auch die Behauptung richtig, daß die Sargfabrik eingestellt werden soll. Sie wird sich vielmehr auf Kistentischlerei und Möbeltischlerei umstellen.

Der Referent empfiehlt den Antrag von GR. Wicha der Ablehnung und den Antrag von GR. Dr. Altmann der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des WdU abgelehnt, die Vorlage ohne die Stimmen des WdU angenommen und der Antrag des GR. Dr. Altmann abgelehnt.

Über den Kauf der Privatileichenbestattungsunternehmung Ignaz Berger, Wien 9., Servitengasse 9, durch die Gemeinde Wien-Städtische Bestattung referiert gleichfalls Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die neuen Bäderpreise

GR. Wiedermann (SPÖ) spricht über die Neuregelung der Bäderpreise. Im Zuge der letzten Lohn- und Preisregelung soll auch die Regelung der Bäderpreise vorgenommen werden. Trotz der Erhöhung werden die Städtischen Bäder ein voraussichtliches Defizit von 3.3 Millionen aufweisen.

Der Referent verweist darauf, daß die Preise für Dampfbäder durchschnittlich um 1 S erhöht werden, für Brausebäder durchschnittlich um 20 Groschen. Im Amalien- und Jörgerbad werden die Preise für die Kabinen im Dampfbad von bisher 5 S auf 6 S erhöht, die Kästchengebühren von 4.40 S auf 5 S. Bei den Wannensäubern wird eine Erhöhung von 5.50 S auf 6.50 S erfolgen, in der II. Klasse von 3.60 S auf 4.40 S. Die Preise für Brausebäder I. Klasse wurden von 1.60 S auf 2.20 S hinaufgesetzt, in der II. Klasse von 0.50 S auf 0.70 S.

Die Erhöhungen bei den Sommerbädern bewegen sich in einem ähnlichen Ausmaß, lediglich beim Gänsehäufel bleibt es bei der jüngst vorgenommenen Preisfestsetzung; hier findet keine Erhöhung statt.

GR. Dr. Soswinski (L.Bl.) bemängelt, daß dieses Geschäftsstück in den zuständigen Ausschüssen bisher nicht vorberaten wurde. (Stadtrat Afritsch: Die Vorlage ist im Gemeinderatsausschuß VI besprochen worden. Wäre der Vertreter des Linksblockes anwesend gewesen, hätte er Gelegenheit gehabt, darüber zu sprechen.)

Die Erhöhung der Bädertarife schein nicht in jener Liste auf, deren Erhöhungen durch das 4. Lohn- und Preisabkommen gedeckt werden. Dennoch betragen die Preiserhöhungen bei den Dampfbädern 20 Prozent, bei den Brausebädern 35 Prozent, bei den Kindern sogar 50 Prozent. Auch bei den Schwimmbädern, wo man beim besten Willen nicht von einem Bedarf an Kohle sprechen kann, ist eine Erhöhung von 25 Prozent eingetreten. Die Leihgebühren wurden sogar um 66 Prozent erhöht.

Da man die Gebühren für den Schlüsselersatz von 7.50 S auf 9 S erhöhte, könne man ersehen, daß man auch mit einer Erhöhung der Eisenpreise rechnet.

Es handle sich hier nicht um notwendige Maßnahmen im Interesse der Republik, wie der Landeshauptmann am Beginn seiner Erklärung behauptet habe, diese Maßnahmen waren nur notwendig im Interesse des Profites und des Kapitalismus. Der Linksblock werde einer solchen Regelung die Zustimmung nicht erteilen.

GR. Wicha (WdU) erklärt, es sei psychologisch der denkbar ungünstigste Moment, die Erhöhungen der Bäderpreise durchzuführen, weil man der Privatwirtschaft hier nur ein nachahmenswertes Beispiel vor Augen führe, auch ihre Preise zu erhöhen.

Berichterstatter GR. Wiedermann betont nochmals, daß die Erhöhung der Bäderpreise durch die erhöhten Kohlenpreise notwendig geworden sei. Man könne nicht verlangen, daß die gesamte Bevölkerung der Stadt die Kosten für die städtischen Bäder übernimmt.

Die Erhöhung der Ersatzgebühren für verlorene Schlüssel falle nicht ins Gewicht, da man es sich beim besten Willen nicht vorstellen könne, wie man in einer geschlossenen Anstalt einen Schlüssel verlieren kann.

Selbst wenn auch andere Preise steigen sollten, sei eine gewisse Vorsorge getroffen worden, da der tatsächliche Mehraufwand 54 S beträgt, während die Erhöhung 100 S abzüglich Steuern usw. ausmacht. Nicht zuletzt wurden die Bäderpreise erhöht, weil die Bäder schon bisher mit einem Defizit gearbeitet haben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Schließlich wird auf Antrag des Berichterstatters Stadtrat Dkfm. Nathschläger der Ankauf von 4 Personen-Anhängewagen gegen die Stimmen des Linksblocks genehmigt.

GR. Kowatsch (ÖVP) begründet eine von ihm eingebrachte Anfrage, betreffend die zwangsweise Entfernung der Nußbäume in der Rosenhügel-Siedlung.

Er bringt dem Gemeinderat zur Kenntnis, daß unter den Siedlern am Rosenhügel wegen der unsachgemäßen Entfernung von Nußbäumen berechtigte Erregung herrsche.

Obwohl Organe der Baupolizei bei einer Überprüfung feststellten, daß die Nußbäume keine Schäden an den Siedlungshäusern anrichten und obwohl eine neuerliche Überprüfung angesetzt war, erhielten die Siedler die Mitteilung, daß sie, weil sie den Nußbaum nicht aus der Siedlung entfernt haben, aus der Siedlungsgenossenschaft ausgeschlossen worden sind.

Der Redner bat um Zuerkennung der Dringlichkeit für die Anfrage.

GR. Opravil (SPÖ) erklärte demgegenüber, daß in drei Versammlungen die Mehrheit der Siedler beschlossen habe, die Nußbäume wegen des Schadens, den sie anrichten, zu entfernen. Eine Delegiertenversammlung der Siedlungsgenossenschaft habe gleichfalls diesen Antrag angenommen. Es handelte sich hier also nicht um undemokratische Mittel oder Terror, sondern um die Durchführung eines von der Siedlungsgenossenschaft gefaßten Beschlusses. Ein solcher Beschluß ist aber einzig und allein Angelegenheit der betreffenden Siedlungsgenossenschaft.

Der Antrag, der Anfrage die Dringlichkeit zuzuerkennen, wurde schließlich gegen die Stimmen der Volkspartei abgelehnt.

Nicht referiert und ohne Debatte angenommen wurden vom Gemeinderat u.a. folgende wichtige Geschäftsstücke:

Zwischen Stadlau und Hirschstetten, im 22. Bezirk, errichtet die Stadt Wien eine Volks- und Hauptschule für Knaben und Mädchen mit 12 Schulklassen, 2 Freiluftklassen, einem Physiksaal mit Vorbereitungsraum, einem Zeichensaal, einem Werkstättenraum, einem Handarbeitsraum, einen Turnsaal, den entsprechenden Schulbetriebs- und Nebenräumen sowie zwei Schulwartwohnungen. Die Pläne stammen von dem Architekten Prof. Dr. Karl Kupsky. Der **Schulneubau wird auf dem von der Plankenmaisstraße, der Salbegasse und der Zschokkegasse umschlossenen Grundstück aufgeführt** werden. Der umbaute Schulraum wird rund 19.000 m³ betragen.

Für die durch die Stadt Wien im Jahre 1949 errichtete Volksschule in Siebenhirten wurde nunmehr der zweite Bauteil, bestehend aus vier Klassen samt Nebenräumen, einer Freiluftklasse und der Zentralheizung für das ganze Objekt bewilligt.

In Hadersdorf, in der Bekehrtystraße, wird die Stadt Wien eine neue Volksschule mit zwei Schulklassen, je einer Garderobe, einem Lehrmittelzimmer, einem Dienstraum sowie den dazugehörigen Nebenräumen errichten. Der Plan hiefür ist von der Magistratsabteilung 19, Architektur, entworfen worden. Der umbaute Raum der Schule wird etwa 1.500 m³ betragen.

Der Wiener Gemeinderat genehmigte ferner den Wiederaufbau der Schmelzbrücke über den Westbahnhof. Die Ausführung des Brückenbaues wird der Firma Waagner-Biro A.G. übertragen. Die Pfeiler und Widerlager werden nur in dem unumgänglich notwendigen Ausmaß umgebaut. Die Tragwerke sollen aus hochwertigem Stahl in geschweißter Bauweise ausgeführt werden und eine Fahrbahn aus Stahlbeton mit Hartgußasphaltdecke erhalten.

In Fortsetzung des Wiederaufbaues der Donaukanalbrücken soll, um möglichst bald die Überbeanspruchte, provisorische Schwedenbrücke, deren Lebensdauer wegen des Holzbelages sehr begrenzt ist, zu entlasten, in absehbarer Zeit mit dem Aufbau der Marienbrücke begonnen werden. Für die Einholung von Entwürfen und Angeboten wird eine öffentliche Ausschreibung erfolgen.

Im Rahmen der Gesamtregulierung des Liesingbaches werden nunmehr die Baulose "Inzersdorf II" und "Liesing-West"

ausgeführt. Bei "Inzersdorf II" beginnt die neue Regulierungsstrecke beim Sohlabsturz abwärts der Laxenburger Straße, führt durch das bereits stark verbaute Wohngebiet von Inzersdorf und endet vor der Einmündung des Altmannsdorfer Grabens in den Liesingbach. Da die Wohnhäuser streckenweise direkt am Bachufer liegen, wird im wesentlichen die alte Bachachse beibehalten. Die Gesamtlänge dieses Abschnittes beträgt bei einem gleichmäßigen Sohlengefälle von 2.8 ‰ 1630 m. Durch die Baumaßnahmen, wie die Vertiefung der Bachsohle um 1.5 bis 2.5 m und die Vergrößerung des Abflußprofiles soll der zu hohe Grundwasserspiegel beträchtlich gesenkt und die angrenzenden Häuser und Kulturen vor Überschwemmungen geschützt werden. Liesing-West schließt an die bereits fertige Teilstrecke "Rodaun" an und erstreckt sich bis zum sogenannten Mareschwehr bei der Rathausbrücke in Liesing. Auch hier soll durch die Vergrößerung des Abflußprofiles das verbaute Gelände vor Hochwasser gesichert werden. Außerdem soll durch Zusammenfassung des Niederwassers in einer gesonderten Rinne die bisher beobachtete Tümpel- und Pfützenbildung und die damit verbundene Geruchsbelästigung beseitigt werden.

Für eine städtische Wohnhausanlage zwischen der Friedhofstraße und der Siedlergasse in Inzersdorf wurden der Entwurf und die Kosten genehmigt. Zwei Baublöcke werden aus je drei aneinandergereihten Häusern bestehen, zwischen denen sich ein etwa 17 m breiter Gartenhof befinden wird, von dem alle sechs Stiegen zugleich zugänglich sind. Es handelt sich um insgesamt 52 Wohnungen, 48 davon sind Kleinwohnungen analog dem "Schnellbauprogramm". Sie bestehen aus Wohnküche, Zimmer, Vorraum und WC. Die Grundrisslösung ist so getroffen, daß bei Besserung der Wohnungsverhältnisse je zwei dieser Wohnungen zu einer Normalwohnung mit Küche, Zimmer, zwei großen Kammern, Vorraum, Bad und WC zusammengezogen werden können. Der Bauentwurf stammt von den Architekten Erich und Walter Majores.

Der Gemeinderat hat zugestimmt, daß die Stadt Wien die Postzustellgebühren für die Bezieher von Dauerfürsorgeunterstützungen ab 1. Oktober übernimmt. Dadurch entsteht eine monatliche Ausgabe von rund 20.000 Schilling.

Im 25. Bezirk, Erlaa, wird "In der Wiesen" eine aus drei Baublöcken bestehende neue städtische Wohnhausanlage mit insgesamt 42 Wohnungen errichtet.

Von der 3.260 Quadratmeter großen Grundfläche werden 1.275 Quadratmeter, das sind 39 Prozent, verbaut. Es handelt sich um 16 Wohnungen, bestehend aus 1 Zimmer, 1 Kammer und Wohnküche, 16 Wohnungen mit 1 Zimmer und Wohnküche, 4 Wohnungen bestehend aus einem Einzelraum und Kochnische, sowie 6 Dachgeschoßwohnungen mit zwei Zimmern und Wohnküche. An Nebenräumen wird jede Wohnung einen Vorraum, einen Baderaum und W.C. erhalten. Der Bauentwurf stammt von den Architekten Dipl.Ing. Paul und Nadia Artmann.

Für die Instandsetzung des städtischen Jugendsportplatzes 2., Prater, Spenadelwiese, einschließlich der Errichtung einer Umkleideanlage mit zwei Garderoben und Duschgelegenheiten, sowie mit einer Wohnung für den Platzmeister, sind 860.000 Schilling genehmigt worden. Außerdem sollen die Sportanlagen, wie z.B. die Laufbahnen, die Anlage für Hochsprung, Kugelstoßen usw. und das übrige Gelände gärtnerisch ausgestaltet werden. Die vorhanden gewesene Einfriedung wurde im Krieg zerstört und soll nun neuerdings aufgestellt werden.

Das bombenbeschädigte Bezirksjugendamt 21., Gerichtsgasse 10, wird in ein städtisches Wohnhaus mit 15 Wohnungen umgebaut. Jede der Wohnungen wird rund 40 Quadratmeter groß sein.

Im 2. Bezirk wird in der Parkanlage Engerthstraße, im 13. Bezirk auf dem Hietzinger Platz hinter der Kirche, im 14. Bezirk bei der Endstation der Straßenbahn in Hütteldorf und im 19. Bezirk auf dem Grinzinger Platz je eine Bedürfnisanstalt gebaut werden. Die Anstalt am Grinzinger Platz wird unterirdisch, die drei anderen oberirdisch sein.

Schluß der Sitzung um 19.15 Uhr.